

inhalt

SEITE 2

Ab 2011 schneller Wechsel in die private Krankenversicherung

SEITE 2

Verkehrsunfallhilfe leistet bei Schäden durch Fahrerflucht

SEITE 2

Profitieren vom Cost-Average-Effekt

SEITE 3

Wann Kinder für die Pflege ihrer Eltern zahlen müssen

SEITE 4

Zusatzversicherung gegen Hochwasserschäden

SEITE 4

Vorsicht: Einbrecher auf Facebook

tipp

Für eine gute Altersvorsorge braucht es neben regelmäßigen Einzahlungen vor allem einen guten Plan. Er orientiert sich an der aktuellen Vermögenslage, dem Einkommen, der möglichen Sparquote und der gewünschten Zielrente. Ein guter Altersvorsorgeplan schöpft alle staatlichen Förderwege aus und berücksichtigt die Minimierung der Steuerlast während der Ansparphase und in der Rentenphase. Wir erstellen Ihnen gerne einen Altersvorsorgeplan oder passen Ihren Plan den aktuellen Umständen an.

Die Lücke zwischen dem, was die Deutschen bei der privaten Altersvorsorge für nötig halten, und dem, was sie tatsächlich aufwenden, wird größer. (Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach)



ALTERSVORSORGE

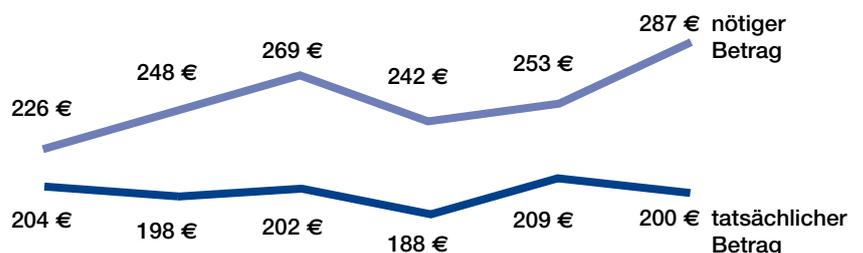
Immer mehr Sorgen um die Rente

Dennoch sinken die Ausgaben für die private Altersvorsorge

Die Angst der Deutschen um ihre Rente nimmt zu. Trotz positiver Wirtschaftsdaten nach der Krise wächst das Misstrauen. Die hohe Verschuldung des Staates drückt das Vertrauen in eine auskömmliche Altersversorgung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach. Wegen der hohen Schuldenlast befürchten heute mehr als ein Drittel der Berufstätigen (37 Prozent), dass ihnen der Staat die gesetzliche Rente im Alter kürzen wird. Außerdem erwarten 28 Prozent der Berufstätigen, dass ihre Ersparnisse durch steigende Preise entwertet werden.

Widersprüchliches Vorsorgeverhalten

Paradoxerweise sorgen die Menschen dennoch weniger vor. Rund 20 Prozent der Berufstätigen haben laut der Studie ihre Vorsorge im Zuge der Finanzkrise gekürzt oder sogar gekündigt. In der Folge geben die unter 50-jährigen Berufstätigen heute im Schnitt zwölf Prozent weniger für ihre Altersvorsorge aus als im Jahr 2009. Rund 287 Euro pro Monat sehen die Befragten als angemessen an, sie geben aber nur 200 Euro im Monat für ihre private Rente aus.



2005	2006	2007	2008	2009	2010
------	------	------	------	------	------

KRANKENVERSICHERUNG

Schneller privat versichert**Ab 2011 bereits nach einem Jahr Einkommen über 49.500 Euro wechseln**

■ Die private Krankenversicherung (PKV) wird im kommenden Jahr einem größeren Personenkreis offenstehen. Durch die Gesundheitsreform wird die bisherige Drei-Jahres-Wechselfrist auf ein Jahr reduziert. Bisher war der Wechsel nur möglich, wenn das Gehalt an drei aufeinander folgenden Jahren über der Versicherungspflichtgrenze lag. Jetzt können sich unter anderem auch Berufsanfänger mit einem Einkommen oberhalb der Jahresarbeitsentgeltgrenze direkt privat krankenversichern.

Versicherungspflichtgrenze sinkt in 2011

Aufgrund der Wirtschaftskrise sinkt zudem zum ersten Mal in der Geschichte die Pflichtversicherungsgrenze. Waren bisher 49.950 Euro als Mindesteinkommen erforderlich, so müssen Angestellte 2011 für den Wechsel in die PKV nur noch 49.500 Euro im Jahr verdienen. Der Gesetzgeber schreibt im Sozialgesetzbuch diese Entgeltgrenze für den Wechsel aus der gesetzlichen in die private Kasse vor. Beamte, Freiberufler und Selbständige können weiterhin ohne Einkommensgrenzen in die private Krankenversicherung übertreten.

KFZ-HAFTPFLICHT

Auch bei Fahrerflucht abgesichert**Die Verkehrshilfe der Autoversicherer leistet in Härtefällen**

■ Glücklicherweise passiert es in Deutschland nicht allzu oft, dass ein Unfallverursacher keine Haftpflichtversicherung besitzt oder unerkannt Fahrerflucht begehen kann. Um hier Härtefällen vorzubeugen, haben die deutschen Kfz-Versicherer 1963 den Verein Verkehrshilfe e. V. (VOH) gegründet.

Die Verkehrshilfe zahlt, wenn die entsprechenden Eintrittsvoraussetzungen vorliegen, die gleichen Entschädigungen, die eine Kfz-Haftpflichtversicherung im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Deckungssummen gezahlt hätte. Die Mittel werden von den 123 Kraftfahrtversicherern auf Grundlage ihrer jährlichen Bruttobeitragseinnahmen aufgebracht. Infos und Anträge: www.verkehrshilfe.de.

FONDSSPAREN

Regelmäßigkeit zahlt sich aus**Profitieren Sie vom Cost-Average- oder Durchschnittskosten-Effekt**

■ Der Cost-Average-Effekt ist ein wichtiges Argument für Fonds-Sparpläne: Anleger, die für ihre Altersvorsorge monatlich die gleiche Summe investieren, kaufen bei niedrigen Börsenkursen mehr Anteile als bei hohen. Damit senken sie ihren durchschnittlichen Einstandspreis und steigern die Rendite.

Deshalb gilt: Wer regelmäßig feste Beträge in Fonds investiert, braucht sich keine Gedanken über den richtigen Einstiegszeitpunkt zu machen. Er muss sich zudem nicht vor Kursschwankungen fürchten, denn er investiert automatisch antizyklisch: Sind die Kurse im Keller, kauft er mehr Anteile, bei hohen Preisen indes nur weniger. Dadurch liegt der durchschnittliche Kaufpreis der Anteile unterhalb des durchschnittlichen Kurses über den Investitionszeitraum.

tipp

Ein Wechsel in die private Krankenversicherung kann sich in vielen Fällen lohnen. Mit Hilfe einer modernen Vergleichssoftware ermitteln wir den passenden Anbieter für ganz persönliche Ansprüche in Sachen Naturheilkunde, Physiotherapie, Chefarztbehandlung, Kuren, Hilfsmittel, Zahnersatz etc.



tipp

Der Cost-Average-Effekt ist für alle Fondssparer interessant. Das heißt auch für Riester- oder Rürup-Rentenversicherungen oder Lebensversicherungen auf Fondsbasis. Das Risiko ist höher als bei klassischen Sparprodukten, dafür können Fondssparer meist von höheren Renditen profitieren. Wir rechnen Ihnen die Vorteile gerne aus.



Wer Eltern und Schwiegereltern im Pflegefall in guten Händen wissen will, sollte rechtzeitig gemeinsam mit ihnen die Zukunft planen. Dazu gehört auch die Klärung der Frage, wer für eine gute Pflege finanziell aufkommen kann.

PFLERGEVERSICHERUNG

Kinder müssen für ihre Eltern zahlen

Sozialämter fordern Kosten für aufwändige Pflege ein

■ Eltern sind Kindern gegenüber zum Unterhalt verpflichtet. Doch Unterhaltsansprüche sind keine Einbahnstraße. Auch erwachsene Kinder müssen für ihre Eltern zahlen, wenn diese hilfebedürftig sind. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) kürzlich in einem Urteil bekräftigt.

Selbst bei krankheitsbedingter Vernachlässigung der Kinder durch die Eltern müssen Söhne und Töchter später grundsätzlich für den Unterhalt eines inzwischen betagten Elternteils aufkommen. Dabei spielt es keine Rolle, wie lange kein Kontakt mehr zwischen Eltern und Kindern besteht.

Wie viel müssen Kinder zahlen?

Unterhaltsleitlinien der Oberlandesgerichte geben vor, wie viel Kinder zur Unterstützung (alter) Eltern zahlen müssen. Grundsätzlich stehen den Kindern monatlich mindestens 1.400 Euro als Selbstbehalt zu. Darin sind 450 Euro für die Warmmiete enthalten. Wer weniger als diesen Selbstbehalt hat, muss in der Regel keinen Unterhalt leisten. Wer mehr als 1.400 Euro im Monat zur Verfügung hat, für den ist die Hälfte des darüber liegenden Einkommens zusätzlich anrechnungsfrei.

Bei einem Monats-Netto von 1.700 Euro muss ein Kind also höchstens mit 150 Euro für seine bedürftigen Eltern aufkommen. Im Einzelfall wird den Kindern jedoch noch ein deutlich höheres Einkommen zugestanden, denn (berufliche) Werbungskosten, Ausgaben für notwendige Versicherungen oder bereits bestehende Ratenzahlungen werden angerechnet.

Was müssen Schwiegerkinder leisten?

Direkt zahlungspflichtig für die Eltern sind nur die eigenen Söhne und Töchter – nicht jedoch deren Ehepartner. Hierbei gibt es jedoch eine Einschränkung: Wenn ein Ehepartner ein sehr hohes Einkommen erzielt, wird ein Teil davon dem weniger oder gar nichts verdienenden Partner als Unterhalt zugerechnet. Und damit ergeben sich unter Umständen Unterhaltsansprüche aus Unterhalt. In Einzelfällen haben die Gerichte zum Beispiel arbeitslose Kinder verpflichtet, aus dem Unterhalt ihres Ehepartners Beiträge zur Finanzierung des Heimplatzes der eigenen Mutter zu leisten.

In Anbetracht der komplexen Materie empfehlen Experten den betroffenen Kindern die Prüfung von Zahlungsbescheiden durch eine Beratungsstelle oder einen Fachanwalt für Familienrecht.

tipp

Kinder können die Unterhaltsverpflichtung für ihre Eltern mit einer Versicherung umgehen. Das ist auch dann sinnvoll, wenn man verhindern will, dass ein potenzielles Familienerbe für eine aufwändige Pflege aufgelöst werden muss. Pflegetagegeldpolicen zahlen einen festen Tagessatz, wenn der Versicherte gepflegt werden muss. Pflegekostenpolicen erstatten einen Teil der Differenz zwischen gesetzlicher Leistung und den tatsächlichen Kosten. Der Einstieg in den Vertrag sollte möglichst früh gewählt werden, weil dann die Beiträge niedriger sind. Wir beraten Sie gerne ausführlich.

tipp

Mit relativ geringen Kosten können sich Hausbesitzer gegen die hohen Folgekosten von Überschwemmungen, Starkregen oder Erdbeben absichern. Wir beraten Sie gerne.



tipp

Bitte sprechen Sie uns bei größeren Umbauten Ihrer Immobilie an. Wir beraten Sie gerne bei der Meldung an den Gebäudeversicherer. Nach Fertigstellung der Bauarbeiten sollte stets geprüft werden, ob die Versicherungssummen noch ausreichen.

impresum

v. i. S. d. P.

Christoph Koch, Bonn

REDAKTION

H.-G. Metzler, Wiesbaden

FOTOS

istockphoto.com: subman

fotolia.com: Pressmaster,

Konstanze Gruber, Julia

PRODUKTION

PUBLICOM PR und Werbung

Basteistraße 3, 53179 Bonn

www.publicom-pr.de

Stand: 10/2010

HAUSRAT- / WOHNGEBÄUDEVERSICHERUNG

Hochwasserschäden versichern

Verbraucherschützer empfehlen Zusatzpolice gegen Elementarschäden

■ Eine normale Hausrat- oder Wohngebäudeversicherung deckt keine Hochwasserschäden. Deshalb empfehlen Verbraucherzentralen den Abschluss einer zusätzlichen Police gegen Elementarschäden. Die Kosten der Zusatzversicherung orientieren sich am Wert des Gebäudes und des Hausrats, an der Gefährdungskategorie des Gebietes sowie am Eigenanteil des Versicherten im Leistungsfall.

HAUSRATVERSICHERUNG

Vorsicht mit Facebook und Co.

Einbrecher suchen in Social Networks nach Urlaubsinfos

■ „Bin gerade im Café und dann mit der Crew im Kino“ – solche vermeintlich harmlosen Community-Mitteilungen sind eine Einladung für Einbrecher. Darauf weisen Sicherheitsexperten vom VdS hin. Ähnlich kritisch wie Abwesenheitsmeldungen sehen die Experten die in vielen Bilddateien hinterlegten GPS-Informationen des Handys oder der Kamera. Diese geben präzise den Aufenthaltsort des Besitzers bekannt. Fortschrittliche Einbrecher gleichen die Daten per Software mit den registrierten Wohnanschriften ab und finden so mögliche Einbruchobjekte.

WOHNGEBÄUDEVERSICHERUNG

Versicherer über Umbauten informieren

Fehlende Benachrichtigung entbindet Versicherer von Zahlungspflicht

■ Vor größeren Umbauten an der eigenen Immobilie sollte man den Versicherer des Gebäudes informieren. Kommt es zu einem Schaden und die Versicherung wusste nichts von den Arbeiten, muss sie unter Umständen auch nichts zahlen. In einem vor dem Landgericht Köln verhandelten Fall hatte ein Hausbesitzer nach einem Brand nicht überzeugend nachweisen können, dass er seiner Meldepflicht nachgekommen war. Seine Aussage, er habe einen entsprechenden Brief an den Versicherer eingeworfen, war dem Gericht nicht beweiskräftig genug. Der Eigentümer blieb auf seinem Feuerschaden in Höhe von 280.000 Euro sitzen.

